

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck
am 06.06.2024

Tagungsort: Aula der Realschule Jöllenbeck, Dörpfeldstraße 8
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Bartels Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Baumann
Herr Jung
Frau Quest
Herr Sarnoch

SPD

Herr Bartels
Herr Gaesing
Herr Kläs
Frau Thöne Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ghobeyschi
Frau Kleinekathöfer

FDP

Herr Dr. Holtkamp

Die Linke

Herr Stiesch

AfD

Beratende Mitglieder nach § 36 GO

Herr vom Braucke (FDP)

Verwaltung:

Herr Hansen Bezirksamt Jöllenbeck
Frau Stolz Amt für Verkehr

Schriftführung:

Frau Strobel Bezirksamt Jöllenbeck

Nicht anwesend:

Herr Strothmann (CDU) Vorsitzender, Ratsmitglied
Herr Feurich-Tobien (Bündnis 90/Die Grünen) Vorsitzender, Ratsmitglied
Herr Dr. Dobberschütz (AfD)

Öffentliche Sitzung:

Herr Bartels eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Bartels schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen und diesen im Anschluss an TOP 1 zu beraten, da die Inhalte für die Beratung des Tagesordnungspunktes 7 von Belang sein können.

Die Tagesordnung wird **einstimmig beschlossen**.

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Jöllennebeck**

Ein Anwohner der Straße Am Bollhof bemängelt die verkehrliche Situation – hier die Verkleinerung der Kreuzung und die nicht genutzte Elternhaltestelle. Bereits im Kreuzungsbereich werde geparkt. Er berichtet, dass die Elternfahrzeuge immer in seiner Einfahrt wenden würden. Mitarbeiter/innen des Ordnungsamtes kämen zur Kontrolle außerhalb der Stoßzeiten. Der Rektor der Grundschule sage, die Situation sei in Ordnung.

Der Anwohner fragt, wie man die Verkehrsprobleme in der Straße Am Bollhof lösen könne und welchen Sinn die Verengung der Kurve habe.

Herr Bartels berichtet, dass mit der Verengung der Kreuzung verhindert werden sollte, dass dort geparkt werde. Das habe jedoch keinen Erfolg. Er berichtet weiter, dass Elternhaltestellen fast überall nicht angenommen würden und dass daher ein Initiativantrag gestellt worden sei, in Jöllennebeck Schulstraßen temporär zu sperren – zunächst an 3 Stellen.

Herr Bartels sagt zu, die Fragen an die Verwaltung zu leiten.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Vorstellung der für Beschlüsse aus Jöllennebeck zuständigen Sachbearbeiterin des Amtes für Verkehr**

Herr Bartels begrüßt Frau Stolz vom Amt für Verkehr.

Frau Stolz stellt sich kurz vor. Sie sei seit Kurzem für die Beschlusskontrolle für Altfälle des Bezirksamtes Jöllennebeck zuständig. Sie wolle sich nach Kräften bemühen, die Beschlüsse immer wieder in die dafür zuständigen Gremien zu bringen, um Antworten zu bekommen.

Herr vom Braucke fragt, ob Frau Stolz etwas zum Sachstand der Fahrradstraße Am Pfarrholz sagen könne.

Frau Stolz erwidert, dass sie die Frage nicht beantworten könne.

Herr Bartels freut sich, dass nun jemand für die Aufarbeitung der Beschlusskontrolle zuständig sei.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften über die 30. Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck am 21.03.2024 und die 31. Sitzung am 25.04.2024**

Beschluss:

Die Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen der Bezirksvertretung Jöllenbeck vom 21.03.2024 (Ifd. Nr. 30) und 25.04.2024 (Ifd. Nr. 31) werden nach Form und Inhalt genehmigt.

30. Sitzung: bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen
31. Sitzung: bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Entwicklung der Schülerzahlen im Stadtbezirk Jöllenbeck zum Schuljahresbeginn 2024/2025**

Herr Bartels verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Zu Punkt 5.1 **Wartehäuschen Vilsendorfer Straße, Haltestelle Limbrede (Anfrage der SPD-Fraktion v. 26.05.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8119/2020-2025

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Zebrastreifen Einmündung Mondsteinweg/Theesener Straße**
(Anfrage der SPD-Fraktion v. 26.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8120/2020-2025

Herr Bartels verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5.3 **E-Auto-Ladesäulen im Stadtbezirk Jöllenbeck (Anfrage der**
SPD-Fraktion und des Vertreters der FDP v. 26.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8124/2020-2025

Herr Bartels verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5.4 **Beleuchtung der Haltestellen Hemigholt (Anfrage der SPD-**
Fraktion v. 09.01.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3132/2020-2025

Herr Bartels verweist auf die im System hinterlegte Information der Verwaltung.

Die Maßnahme müsse politisch beschlossen werden. Daher solle zur kommenden Sitzung am 05.09.2024 ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Taktung ÖPNV am Wochenende und abends verdichten - Be-**
schluss ändern - Adressat Stadtentwicklungsausschuss
6806/2020-2025 Vorlage liegt bereits vor

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6806/2020-2025

Eine Mitteilung der Verwaltung besagt, dass politische Anträge den ÖPNV betreffend vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossen werden müssten. Der Beschlusstext dieses Antrages müsste danach umformuliert und der StEA mit dem Beschluss betraut werden. Die Aussage der Verwaltung konnte bis zur Sitzung nicht geklärt werden.

vertagt

Zu Punkt 6.2 **ÖPNV - Busspur zwischen Vilsendorf und Schildesche in Fahrtrichtung stadteinwärts einrichten (Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8114/2020-2025

Siehe TOP 6.1.

vertagt

Zu Punkt 6.3 **ÖPNV - Anschluss nach Jöllenbeck werktags und am Sonntag mit der letzten Bahn abstimmen (Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8117/2020-2025

Siehe TOP 6.1

vertagt

Zu Punkt 6.4 **Trinkbrunnen auf dem Marktplatz in Jöllenbeck (Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8118/2020-2025

Herr Hansen verliert die Antwort der Organisationseinheit/Gemeinsame Antwort der Organisationseinheiten/des Dezernats 3 zur Frage aus der Sitzung des Klimabeirates am 05.06.2024 zum Thema Trinkwasserbrun-

nen im öffentlichen Raum. Die Frage lautete: Wie ist der aktuelle Planungsstand für die konkrete Umsetzung in Bielefeld: Gibt es einen konkreten Zeitplan und die Zielsetzungen für eine definierte Anzahl von zu errichtenden Trinkwasserbrunnen?

Vor dem angesprochenen Hintergrund der Novelle der EU-Trinkwasserrichtlinie und der damit einhergehenden Änderung des § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG); einer entsprechenden Anpassung der Trinkwasserverordnung im Juni 2023 sowie im Kontext der Umsetzung des Bielefelder Hitzeaktionsplans, wurde unter Federführung des Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamts eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe für Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum gegründet. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe werden alle Voraussetzungen für die Errichtung von Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum geklärt, um dann best- und schnellstmöglich in die Umsetzung gehen zu können. Die Ergebnisse werden dann den Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Frau Thöne sagt, sie sei über die Arbeit der Kommission informiert, finde jedoch den Auswahlkatalog zu technisch und nicht fokussiert genug. Eine Idee sei beispielsweise die Errichtung von Trinkwasserbrunnen auf Friedhöfen. Sie bezweifelt, dass alle Menschen erreicht würden, die Trinkwasser benötigten. Auf dem Marktplatz sei bereits ein Brunnen mit Anschluss, darauf könne man setzen. Der Platz sei groß und versiegelt und werde sehr heiß. Er sei für alle erreichbar.

Herr Baumann sieht Trinkwasserbrunnen kritisch, da sie kontinuierlich im Spülbetrieb sein müssten. Auch müsse eine bestimmte Temperatur im Leitungssystem erreicht werden, um Legionellen zu verhindern. Die Gesundheitsämter seien daher dabei, ein Konzept auszuarbeiten um zu gewährleisten, dass das nicht passiere. Die Anschaffungskosten für einen Trinkwasserbrunnen lägen bei bis zu 20.000 € plus monatliche Kontrolle hinsichtlich Bakteriologie. Er stelle folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob auf dem Marktplatz in Jöllenbeck ein Trinkwasserbrunnen aus technischen und hygienischen Gründen möglich ist.

Der Antrag wurde nicht weiter verfolgt.

Herr Jung schlägt vor, den 1. Satz des Beschlussvorschlags wie folgt zu ergänzen:

...sofern technisch möglich und die Hygienevorschriften sichergestellt werden können...

Herr Stiesch berichtet, dass Brunnen - zum Beispiel an der Uni - sehr häufig genutzt würden. Legionellen könne man trinken, würde aber nicht erkranken. Man müsse diese Erreger einatmen.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abweichenden**

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, sofern technisch möglich und die Hygienevorschriften sichergestellt werden können, auf dem Marktplatz in Jöllenbeck einen Trinkwasserbrunnen zu installieren. Auch für die Stadtteile Theesen und Vilsendorf sollte solch eine Einrichtung geprüft und zeitnah umgesetzt werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Verkehrsberuhigende Maßnahmen für den Örkenweg in Jöllenbeck (Antrag nach § 24 GO NRW v. 02.05.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8096/2020-2025

Die Petentin/der Petent sind anwesend. Der Petent erläutert zunächst seinen Antrag gem. § 24 GO NRW.

Er bedankt sich, dass das Thema behandelt werde. Ihm sei wichtig, dass es kurzfristige Lösungen brauche, um regelmäßige Verkehrsverstöße zu ahnden und zu verhindern. Das Ordnungsamt sei vor Ort gewesen. Es sei aber bei einer Messung vor ca. 2,5 Monaten geblieben. Man habe jedoch das Gefühl gegeben, dass das Anliegen ernst genommen werde. Die Bezirksvertretung könne sich jederzeit vor Ort ein Bild machen. Langfristig sei man über ein gutes Konzept dankbar. Kurzfristig benötige man jedoch eine Regelung gegen die Geschwindigkeitsverstöße.

Herr Jung sagt, er unterstütze den Antrag. Die Bezirksvertretung solle zustimmen und den Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss verweisen.

Frau Kleinkathöfer erinnert, dass der Ausbau der Straße Örkenweg als Fahrradstraße vorgesehen sei und zwar noch für 2024. Der StEA müsse nicht noch einmal etwas beschließen, was die Stadt Bielefeld schon beschlossen habe. Man könne den Antrag jedoch gern begrüßen.

Herr vom Braucke erinnert, dass der Örkenweg immer wieder Thema sei, insbesondere auch dessen Verkehrsberuhigung. Er sei skeptisch, dass Maßnahmen dies Jahr noch umgesetzt werden könnten. Er wolle jedoch den Antrag beschließen, um den Wunsch und den Druck weiterzugeben.

Herr Bartels erklärt, eine Fahrradstraße stehe auf der Agenda, komme so oder so und relativ zeitnah. In der Straße Am Pfarrholz solle noch im November die Beschlussvorlage eingebracht werden. 2025 werde die Planung aus eigenen Mitteln der Stadt umgesetzt. Wofür Fördermittel benötigt würden, werde in 2026 umgesetzt. Die Fahrradstraße im Örkenweg solle ebenfalls sehr zeitnah angegangen werden. Der Antrag könne hier beschlossen werden.

Herr Dr. Holtkamp verweist auf einen Antrag der FDP vom 28.04.2022. Antragsgegenstand war, hinter dem Siek der Jölle eine weitere Verkehrsberuhigung einzubauen. Das wurde mit Mehrheit abgelehnt. Den Antrag könne man noch einmal stellen.

Die Petentin fragt nach der genauen Bedeutung des Begriff „Fahrradstraße“ in NRW und speziell in Bielefeld. Lt. Ihrer Recherche sei das abhängig vom Bundesland. Sei das für Anlieger frei oder ohne Anlieger frei? Was bedeutet Anlieger? Hätten Räder nur Vorrang vor Autos und dürften nebeneinander fahren und der Verkehr liefen genauso weiter? Oder werde die Straßen für bestimmte Autos oder LKW gesperrt?

Herr Hansen beantwortet die Frage nach der Ausgestaltung einer Fahrradstraße ausführlich und verliest die Informationen der Seite **bielefeld.de/fahrradstrassen**.

Herr Stiesch unterstützt den Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah weiterführende verkehrsberuhigende Maßnahmen für den Örkenweg in Jöllenbeck umzusetzen.

einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Beratung der Unfallkommission 2024-I sowie der Sonderuntersuchung der Unfallkommission Baum/ Motorrad/ Kurve 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8011/2020-2025

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

„Mach mit! Bielefelder Grundsätze für Beteiligung“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8073/2020-2025

Anwesend ist Frau Chowdry vom Presseamt/Statistikstelle.

Herr Bartels verweist auf den im Herbst 2023 begonnenen stadtweiten, mehrstufigen, elaborierten Prozess, bei dem viele Menschen, die zufallsverteilt aber statistisch gesichert aus der Stadtbevölkerung ausgesucht wurden, um zu klären, wie in Bielefeld künftig Partizipation gehandhabt werden könne. Herr Bartels ist erfreut, dass Bielefeld innerhalb nur eines Jahres ein eigenes Regelwerk erarbeitet und keins anderer Kommunen übernommen habe. Er hofft, dass trotz der „Extraschleife“ der Beteiligung im Herbst die Beschlussvorlage der Verwaltung vorliege.

Frau Chowdry verweist auf die Beschlussvorlage. Diese solle am 27.06.2024 in den Rat eingebracht und beschlossen werden.

Herr Jung bedauert, dass die Ratssitzung bereits entscheidend sei. Er hätte sonst für diese Sitzung 1. Lesung beantragt.

Herr Bartels begrüßt hingegen, dass die Bezirksvertretungen überhaupt gefragt würden.

Frau Chowdry erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation, die im System einsehbar ist. Weitere Informationen seien der Beschlussvorlage zu entnehmen.

Herr vom Braucke fragt, ob die Bürger, für die 5 Plätze vorgesehen seien, gewählt oder ausgelost wurde.

Frau Chowdry erklärt, 1 Platz sei für das Netzwerk Bürgerbeteiligung reserviert und 4 Bürger/innen seien ausgewählt worden. In weiteren Workshops sei man noch einmal auf bestimmte Zielgruppen eingegangen wie z.B. Verwaltung, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Senioren und Menschen mit Migrationsgeschichte. Zudem gab es zwei Workshops mit Zufallsbürger/innen, bei dem aus jedem Stadtbezirk jemand dabei gewesen sei.

Frau Chowdry verweist auf das Thema Fahrradstraße Am Pfarrholz unter TOP 10 der Tagesordnung. Hier wird ein Dialogprozess initiiert, wie die Straße auszubauen sei. Die Verwaltung biete eine Informationsveranstaltung mit einem gemeinsamen Spaziergang an der Straße an. Fragen und Anmerkungen könnten dann eingebracht werden.

Herr Sarnoch fragt, ob das Prozedere wie in der Beschlussvorlage aufgeführt im Ergebnisplan und im Finanzplan keine Auswirkungen hat.

Frau Chowdry erklärt, dass man jeweils noch einmal projektbezogen schauen müsse, wie viel so ein Prozess kosten würde. Derzeit könne man keine Kosten benennen.

Herr vom Braucke ist skeptisch Menschen zu erreichen, die vollkommen abseits stehen, die in den Beteiligungsprozessen nicht drin sind und sich nicht einbringen können. Es können nicht alle Menschen unserer Gesellschaft mitgenommen werden. Emotional werde das Problem erst bewusst, wenn es vor der Tür stehe.

Frau Chowdry bestätigt, dass man nicht alle Menschen mitnehmen könne, aber es sei ein wichtiger Schritt dahin. Verfahren müssten transparenter werden. In Beteiligungen werde das Was und das Warum öffentlich.

Frau Kleinekathöfer fragt nach der Zeitschiene von Prozessen und ob sich diese durch die Beteiligung verlängerten.

Frau Chowdry erwidert, dass das prozessabhängig sei, hier z.B. von Fördermitteln oder vom Stand des Prozesses.

Herr Kläs verweist darauf, dass in der Vorlage stehe, dass am Ende Gremien und Politik entscheiden würden. Man solle nicht zu hohe Erwar-

tungen wecken.

Frau Thöne fragt, wo sich Bürgerinnen und Bürger einbringen könnten, die gute Ideen haben, aber nicht im Gremium sitzen.

Frau Chowdry verweist auf das Gremium Anregungs- und Beschwerdeausschuss.

Herr Dr. Holtkamp zitiert Textpassagen aus Punkt 2.1 der Anlage – Bereitstellung von Ressourcen:

- Für die Erfüllung seiner Aufgaben ist das Büro Dialog und Beteiligungen mit den erforderlichen personellen und finanzielle Ressourcen auszustatten. Was steckt dahinter?
- Dabei solle berücksichtigt werden, dass die anfallenden Aufgaben in der Regel durch bereits vorhandene Stellen und Personalressourcen bewältigt werden müssen.
- Es wird daher immer einen Abwägungsprozess geben darüber geben, wie die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt eingesetzt werden.

Er fragt, an welchen Stellen diese Prozesse finanzielle Erleichterungen bringen würden, so dass Mittel umgeordnet werden könnten?

Frau Chowdry erklärt, dass es Ziel von Beteiligung sei, die Akzeptanz fördern. Es kann sein, dass das eine oder andere berücksichtigt werde, dass man vorher nicht bedacht hat. Dies kann dafür sorgen, dass Mittel gezielter eingesetzt werden können. Man muss von Fall zu Fall schauen.

Frau Chowdry erklärt abschließend, eine Beteiligung sei für Bürgerinnen und Bürger im Internet über **Bielefeld-dialog.de** jederzeit möglich.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck nimmt die in einem breit angelegten, partizipativen Prozess erarbeiteten „Grundsätze für Beteiligungen“ zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, die Grundsätze als Arbeitsgrundlage zu beschließen.

einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 10

Umsetzung Radverkehrskonzept hier: Planungsstart Am Pfarrholz und Tiesloh

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7990/2020-2025

Herr Bartels berichtet, dass im Herbst die Beteiligung beginne und im November die Beschlussvorlage vorliegen solle.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 Kulturprogramm 2024 für den Stadtbezirk Jöllenbeck

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8054/2020-2025

Herr Hansen erläutert das Programm für 2024, welches in kleinem Kreis bereits vorbesprochen wurde. Beim Mondscheinkino solle der Film Dirty Dancing gezeigt werden.

Die Kinovorführung werde auf vielen Schultern getragen wie z.B. Real-schule und Feuerwehr.

Herr Kläs fragt, ob kleinere Gruppen, die in Theesen und Vilsendorf Ver-anstaltungen durchführen, auch in das Kulturprogramm aufgenommen werden könnten. Derzeit werde z.B. der „Vilsendofer Sommer“ durch VINZ (Vilsendorfer Nachbarschaftszentrum) vorbereitet und durchgeführt.

Herr Hansen erklärt, dass heute nur das vorliegende Programm be-schlossen werden solle, welches aus den Kulturmitteln des Stadtbezirks Jöllenbeck finanziert würde.

Herr Bartels regt an, aus den Kulturmitteln des Stadtbezirks in Kooperati-on mit Initiativen auch Veranstaltungen in Theesen und Vilsendorf durch-zuführen.

Herr Hansen erwidert, dass er sich seit 10 Jahren darum bemühe, dass es aber nicht einfach sei. In Theesen habe es schon Veranstaltungen gegeben, In Vilsendorf mangle es an Veranstaltungsorten.

Wenn es Initiativen gäbe, die Stadtteile Theesen und Vilsendorf einzube-ziehen und neue Kooperationen entstehen, würde er das sehr begrüßen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt das Kulturprogramm 2024 für den Stadtbezirk Jöllenbeck entsprechend der Begründung dieser Vorla-ge.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 12 Fortschreibung der Pflegepläne im öffentlichen Grün

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7849/2020-2025

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Ausweitung von Park+Ride Anlagen in Bielefeld 7444/2020-2025 (Vorlage liegt bereits vor)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7444/2020-2025

In der Sitzung am 25.04.2024 hat Herr Bartels darum gebeten, sich innerhalb der Fraktionen Gedanken zu machen und Ideen in der nächsten Sitzung einzubringen.

In der Vorlage wurden bereits Standorte aufgeführt. Herr Bartels fragt, ob jemand weitere Vorschläge habe.

Herr vom Braucke erklärt, Park+Ride-Anlagen würden nur Sinn machen, wenn dadurch großes Umsteigen vermieden werden könnte. Das Thema Park+Ride-Anlagen in Schildesche und Babenhausen betreffe auch Jöllenbeck, wenn Pendler aus Jöllenbeck, Spenge etc. nach Bielefeld fahren wollen. Die drei Parkplätze z.B. in Babenhausen seien nicht ausreichend. Personen würden ihre Fahrzeuge bis zur Straße „Auf der Hufe“ hinauf in den Seitenstraßen parken.

Frau Thöne bestätigt, dass für jeden Stadtbezirk eine Planung für Park+Ride-Anlagen erforderlich sei, in Jöllenbeck insbesondere wenn die Stadtbahn gebaut würde.

Herr Bartels schlägt vor, aufgrund eines uneinheitlichen Diskussionsstandes die Vorlage noch einmal zu vertagen.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 14 **Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Jöllenbeck im Haushaltsjahr 2024**

Es liegen 3 Anträge auf Sondermittel vor:

AWO Kreisverband Bielefeld e.V.: Spiele, Sachbuch für die Gruppe „Gutes für Herz und Hirn“: Kosten insgesamt 150 €

Förderverein KiTa Oberlohmannshof: Leseregal: Kosten insgesamt 650 €

Ev.-Luth. Versöhnungskirchengemeinde Jöllenbeck, Vilsendorfer Sommer: beantragt 250 €

Herr Bartels hat allen Bezirksvertretungsmitgliedern eine Kostenschätzung zum Besuch einer Delegation aus Glauchau ausgehändigt. Die Kostenschätzung sei nicht abschließend und basiere darauf, dass maximal 10 Personen kommen würden. Herr Bartels schlägt vor, für diesen Besuch aus Glauchau eine Rückstellung in geschätzter Höhe zu schaffen. Wenn dennoch eine Unterdeckung eintrete, müssen man sich Gedanken machen, wie diese gedeckt werden könne. Ob tatsächlich 10 Personen nach Bielefeld reisen, sei derzeit nicht abschließend zu klären, da in Glauchau Kommunalwahlen anstehen.

Herr Hansen berichtet, es seien derzeit 10 Zimmer reserviert. Es solle jedoch zeitnah mitgeteilt werden, wie viele Zimmer tatsächlich benötigt würden.

Frau Thöne erinnert an den Ehrenpreis Jöllenberg und plädiert dafür, zunächst und aus Zeitgründen über den Antrag für das Sommerfest in Vilsendorf zu entscheiden. Die beiden anderen Anträge hätten keine zeitliche Brisanz.

Frau Kleinekathöfer erinnert daran, dass die Mittel für das Kulturprogramm mit einzuplanen seien. Das Sommerfest solle bezuschusst werden. Die beiden anderen Anträge sollten abgelehnt und eine 100 %-Finanzierung in 2025 in Aussicht gestellt werden.

Herr Stiesch plädiert dafür, den Besuch aus Glauchau nicht so hoch zu gewichten, dass für die Initiativen vor Ort keine Mittel mehr zur Verfügung stünden. Die vorliegenden Anträge sollten zumindest anteilig beschieden werden. Dann blieben für Glauchau immer noch Mittel übrig.

Herr Jung sagt, er unterstütze den Besuch aus Glauchau voll und ganz.

Herr vom Braucke erklärt, dass man nicht in eine Unterfinanzierung laufen dürfe. Die Zahl der Teilnehmer sollte begrenzt werden.

Beschluss:

Ev.-Luth. Versöhnungskirchengemeinde Jöllenberg, Vilsendorfer Sommer: 250 €

Kulturprogramm für den Stadtbezirk Jöllenberg: 1.160 €

Rücklage für den Besuch aus Glauchau: 4.555 €

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Nachtrag zum Entwurf Vierter Lärmaktionsplan 7831/2020-2025 Vorlage liegt bereits vor

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7831/2020-2025

Herr Bartels verweist auf die im System hinterlegte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 16 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 16.1 **Sicherer Fußweg Bargholzstraße (Beschluss v. 07.10.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2506/2020-2025

Herr Bartels verweist auf die im System hinterlegte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung werde gebeten, ein Votum für eine der beiden Varianten abzugeben.

Herr Jung spricht sich aus Sicherheitsgründen für die Variante 1 aus. Die Querungshilfe Sorge für eine Verkehrsberuhigung.

Herr Dr. Holtkamp schließt sich dem an.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung spricht sich für die Variante 1 aus.

einstimmig beschlossen

Michael Bartels
Bezirksbürgermeister

Andrea Strobel
Schriftführerin